Die Kommunistenmorde in Sofia

8 neue Todesurteile! — Heraus zum Protest!

Die „Neue Freie Presse" meldet aus Sofia: Die Untersuchung über das Attentat in der Kathedrale ist abgeschlossen und der Militäranwalt hat dem Kriegsgericht die umfangreiche Anklageschrift übermittelt. Die Anklage gibt zunächst eine Darstellung der Entwicklung der agrarkommunistischen Einheitsfront seit den Decembertagen des Jahres 1923. Die Einheitsfront hatte das Ziel, die gegenwärtige Regierung gewaltsam zu stürzen, und eine Aenderung der staatlichen und sozialen Ordnung herbeizuführen. Weiter stellt die Anklageschrift fest, daß nach Auflösung der kommunistischen Partei in Bulgarien zwei geheime Komitees gebildet wurden. Das eine bestand aus den Kommunisten Friedmann, Jankoff, Minkoff, Maneff und Dimitrieff, das andere aus den Bauernführern Petrini, Gantscharow und Kolowski. Beide Komitees vereinigten sich zu einer Gesamtexekutive, welche Mordanschläge und Ueberfälle organisierte.

Schließlich wird eine Darstellung des Attentats in der Kathedrale gegeben und die Urheber und Mitschuldigen werden aufgezählt. Der Militäranwalt beantragt für die acht wegen des Attentats in der Kathedrale Angeklagten die **Todesstrafe**, für die Mitangeklagten werden **hohe Kerker- und Geldstrafen** beantragt. Den in Haft befindlichen Angeklagten wurde bereits die Anklageschrift ausgehändigt.

Auf Grund der behördlichen Mitteilungen kann die Ermordung folgender kommunistischer Genossen festgestellt werden: Jankoff, Minkoff, Friedmann, Maneff, Tschentukoff und Gortscheikoff. In den offiziellen Berichten heißt es, daß diese Genossen bei ihrer Verhaftung „auf der Flucht" oder wegen ihres „Widerstandes" erschossen worden seien. In Wirklichkeit erfolgte ihre Erschießung, um eine Gerichtsverhandlung zu vermeiden und die Anschuldigung, als hätte die kommunistische Partei das Kirchenattentat organisiert, weiter aufrecht zu erhalten. Von bekannten linksstehenden Bauernführern, die für die Einheitsfront der Bauern und Arbeiter eintraten, sind Petrini, Grantscharoff, Bakaloff, Manoloff und Damoff ermordet bzw. verschwunden.

Nach einer italienischen Meldung wurde der Präsident des Militärgerichtshofes in Sofia, der die Untersuchung gegen die Revolutionäre leitet, auf offener Straße von Revolutionären **erschossen**. Im ganzen Land dauern die Massenverhaftungen an. Die Revolutionäre, die wissen, daß sie im Falle ihrer Verhaftung dem sicheren Tod entgegengehen, leisten überall bewaffneten Widerstand.

Um die Arbeiterschaft aufs höchste zu provozieren, hat die Jankoff-Regierung die Vollstreckung einer Reihe von Todesurteilen auf den 1. Mai angesetzt. Zu diesen Massenhinrichtungen werden große militärische Vorbereitungen getroffen, da die Regierung eine Protestaktion der Arbeiter befürchtet. Auf illegalem Wege werden große Mengen von Flugblättern verteilt, in denen zum äußersten Widerstand gegen Jankoff aufgerufen wird.

Ein Arbeiterbrief aus Bulgarien.

Dem Briefe einer bulgarischen Arbeiterin aus Sofia an ihre Berliner Freundin entnehmen wir: „Es ist ein Wunder, daß ich dir noch schreiben kann, nach all dem, was sich bei uns ereignet hat. Bulgarien ähnelt einer **Hölle**. Das fleißige und biedere bulgarische Volk wird von denen regiert, die den Weltkrieg verloren haben, und die immer noch denken, daß der Militärsäbel regieren soll und muß. Täglich werden die Besten unserer Intelligenz erschossen. Jeden Tag liest man von Erschießungen und „Selbstmorden". Und alles hat seine Ursache.

Denjenigen, die es noch wagen, die jetzige Regierung zu tadeln, empfehle ich, einen einzigen Tag bei unserer Kriminalpolizei zu verbringen. Dort wo **Knochen und Fleisch zermengekettet** werden, dort wo Arbeiter, Bauern, Rechtsanwälte und Geistliche zu **Tode gefoltert** werden, um ihnen falsche Geständnisse zu erpressen. Wehe dem, der es wagt, ein einziges Wort zu sagen!

Unsere schönen Felder sind mit Blut unserer Brüder getränkt. Unsere Mütter und Schwestern wissen nicht, ob sie ihre Angehörigen noch je lebend wiedersehen, und dennoch, **wir klagen nicht**. Eines Tages wird die Sonne für uns aufgehen, eines Tages werden wir die Richter sein! Im Laufe der letzten Tage sind **viele, viele von uns ohne Gerichtsverfahren einfach erschossen** worden. **Ist es da noch ein Wunder, wenn man die Flinte ergreift** und die Rettung in den Wäldern sucht? Wenn nicht heute, so doch morgen ist die Reihe an uns, **und dann gibt** es keinen anderen Ausweg als die Berge ... Du weißt, daß unsere Liebe zum Volk uns höher steht als jede andere Liebe. Wir werden kämpfen, bis wir verstanden werden ..."

Frauen werden gefoltert.

Aus dem Bericht der englischen Delegation in Sofia wollen wir noch folgende Sätze zur Charakterisierung der bulgarischen Zustände nachtragen: „Heute abend sahen wir einige **Frauen, die zur Folterung in das „Bureau für die öffentliche Sicherheit"** geführt wurden, und viele Wagenladungen armer Hexen werden herausgebracht, um erschossen zu werden, wodurch das Blut einer meiner Begleiter so zum Sieden geriet, daß er seinen Rock abwerfen wollte, obwohl die Straße voll von Männern mit automatischen Pistolen war, die sich danach sehnten, sie zu benutzen."

Die englischen Kommunisten entlarven die Zankoffbanditen

London, 24. April. Der Zentralausschuß der Kommunistischen Partei Englands hat ein **Manifest** gegen die Zankoff-Regierung erlassen, die sie anklagt, **Greueltaten** gegen die Arbeiter und Bauern zu begehen. Die Kommunistische Partei weist die Behauptung der englischen Presse zurück, daß die Kommunistische Partei Bulgariens oder die Dritte Internationale den Mord als eine politische Waffe betrachten, ferner macht die Kommunistische Partei Englands die Arbeiter darauf aufmerksam, daß sie die **Lügen** der englischen Presse, die diese jetzt gegen die Sowjetregierung schleudert, nur als einen Teil jenes Planes betrachten sollte, der alle Staaten zu einer **militärischen Offensive gegen Rußland** vorbereiten will. Die Kommunistische Partei fordert die Arbeiter auf, bei der bulgarischen Legation in London wegen der Hinrichtungen zu **protestieren**.

Die Berliner Fälscherzentrale Zankoffs

Die antibolschewistische **„Deutsche Zeitung"** veröffentlicht einen angeblichen Bericht ihres angeblichen „ständigen Vertreters in Bulgarien". In diesem „Bericht" werden Schauermärchen über die Verschwörung der Kommunistischen Internationale in Bulgarien aufgetischt und natürlich „bewiesen", daß das Kirchenattentat von den Kommunisten gemacht wurde. Um diese Hetze niedriger zu hängen und die journalistischen Methoden der „nationalen" Hetze zu kennzeichnen, wollen wir feststellen, daß dieser „Bericht des Vertreters in Bulgarien" nichts anderes ist, als eine wörtliche Uebersetzung eines bezüglichen Begartikels der Londoner „Times", der sich seinerseits auf Angaben der Berliner Fälscherzentrale stützte.

Wir sind heute in der Lage, über die Entstehung der gefälschten „Komintern-Dokumente" Zankoffs und Macdonalds Näheres mitzuteilen. Wir haben Beweise in der Hand, um nachweisen zu können, daß diese Zankoff-Dokumente das Werk der von uns bereits entlarvten Berliner **weißgardistischen Fälscherzentrale** sind, die unter Leitung der Weißgardisten Gumanski und Druschelowski (wohnhaft Berlin, Ansbacher Straße 36/37 bei Radamowski, und nicht, wie erst irrtümlich angegeben war, Gudschinski wohnhaft Ansbacher Straße 36) arbeitete und in Berlin die Sachen in Druck gegeben hat. Gumanski ist der Berliner Polizei als **politischer Dokumentenfälscher bereits aus verschiedenen Verfahren wohlbekannt**. Er wohnt **Berlin, Grunewaldstraße 41/42** (im Eckhaus am Bayrischen Platz). Diese Burschen arbeiten mit den Agenten Pawlow und Paltoff zusammen. Sie gehören der Gesellschaft „Weißes Kreuz" an, werden von den verschiedensten bürgerlichen Regierungen finanziert und fabrizieren Dokumente gegen die Kommunistische Internationale, gegen die Sowjetregierung und auch gegen Deutschland. Auch ein **zaristischer Oberst namens Chomutow Gamilton** gehört der Gesellschaft an. Dieser Oberst ist in Berlin als französischer Agent bekannt, der 1920 deutsche Dokumente an die französische Regierung verkauft hat. Der Oberst Chomutow Gamilton ist aller Wahrscheinlichkeit nach ein **bezahlter französischer Spion**, macht aber auch in russischen und Komintern-Fälschungen mit der ganzen Bande mit.

Genosse Kolaroff über die Ereignisse

Genosse Kolarow erklärte zu den jüngsten Ereignissen in Bulgarien: „Die herrschende Bankier- und Generalsbande hat nach den Blutbädern von Juni und September die physische Ausrottung der Arbeiter und Bauern und die Vernichtung ihrer Organisationen fortgesetzt. Es war klar, daß die werktätigen Massen die Arreste und Folterungen nicht straflos zulassen werden. Die Unzufriedenheit der Massen wuchs, gleichzeitig erstarkte der Regierungsterror. Eine Reihe von Deputierten des Bauernbundes und drei kommunistische Deputierte wurden in den letzten Tagen auf offener Straße ermordet, in der Provinz sind massenweise Ermordungen, sogenannte „Selbstmorde", an der Tagesordnung. Kein Tag vergeht ohne Ermordung von Arbeiter- und Bauernführern; dies kennzeichnet die Lage. Die Gefängnisse sind überfüllt, Tausende wurden in die Emigration gejagt, Tausende leben in Wäldern.

Um das Terrorregime zu rechtfertigen, fabriziert die Zankoff-Bande gefälschte Dokumente über angebliche Aufstandspläne, über angebliche Instruktionen der Kommunistischen Internationale. Um die Bolschewistengefahr zu beweisen, wurde ein Attentat auf den König organisiert. Die Kommunistische Partei hat titanische Anstrengungen gemacht, um die Massen zu organisieren, um die Zersplitterung und die Entartung der Volksbewegung in einzelne anarchische Terrorakte zu verhindern.

Das Zentralkomitee der KP. rief noch Ende Februar in dem illegalen Zentralorgan zur Organisierung einer Massenbewegung und zur Verhinderung von Terrorakten auf. Die Anstrengungen der Kommunistischen Partei wurden dadurch erschwert, daß sie für vogelfrei erklärt, daß die kommunistische Presse verboten und eine legale Tätigkeit unmöglich gemacht wurde. Unter dem Vorwand, daß die Kommunistische Partei für den 15. April einen Aufstand vorbereitet hat, und unter dem Eindruck des Attentats in Sofia verhängte die Regierung den Belagerungszustand. Die Kriegsgerichte lassen massenweise Arbeiter und Bauern erschießen. Das Leben von Tausenden politischen Gefangenen ist in Gefahr. Falls die bulgarische Bourgeoisie es nicht versteht, durch eine Aenderung des Regierungskursus die Erbitterung der Massen zu mildern, so kann sie nur sich selbst für die Folgen verantwortlich machen."

Aus den Gewerkschaften

Die Londoner Gewerkschaftsbeschlüsse vom russischen Gewerkschaftsrat gutgeheißen

(Rosta) Moskau, 30. April. **Die heute eröffnete Plenarsitzung des Generalrats der Gewerkschaften erklärte sich einstimmig einverstanden mit den Entschließungen der Londoner Anglo-Sowjetistischen Gewerkschaftskonferenz und beauftragte das Präsidium, die brüderlichen Beziehungen mit den Trade-unions zu festigen und seine Maßnahmen mit den ihrigen entsprechend zu gestalten, um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung wiederherzustellen. Es wurde eine Kommission für die äußeren Beziehungen gewählt, die beauftragt ist, eine Antwort an Amsterdam auf Grund der Arbeiten der Londoner Konferenz fertigzustellen.**

Damit sind die wichtigen Beschlüsse der Anglo-russischen Gewerkschaftskonferenz, die ein Kampfbündnis zwischen den 5½ Millionen englischen und 5½ Millionen russischen Gewerkschaftlern darstellen, von beiden Seiten offiziell sanktioniert. Doch die Beschlüsse bedeuten nicht nur das weltpolitisch hochbedeutsame Kampfbündnis zwischen den beiden großen Gewerkschaftsgruppen, sondern darüber hinaus einen Schritt, der konsequenterweise zur vollständigen internationalen Einheit der Gewerkschaftsbewegung führen muß. Das kommt aber nicht allein, sondern es muß in allen Ländern von den Mitgliedern erkämpft werden. Darum auch in Deutschland: Keine wichtige Gewerkschaftstagung, wo nicht die Einheitsfrage mit bezug auf die anglo-russischen Beschlüsse mit zur Debatte gestellt wird.

Achtung! Fabrikarbeiter! Achtung!

Am 5. Juli 1925 findet der Verbandstag in **Leipzig** statt. Die Wahl der Delegierten erfolgt **in allen Zahlstellen** am

Sonntag, den 10. Mai 1925

von vormittags 10—1 Uhr nachmittags.

Es ist Pflicht eines jeden oppositionellen Gewerkschaftlers, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen und seine Stimme für den oppositionellen Kandidaten abzugeben.

Keine Stimme den Reformisten!

Am gleichen Tage findet für die Fabrikarbeiter die **Wahl** der Delegierten zum

Gewerkschaftskongreß

statt. Jeder oppositionelle Fabrikarbeiter hat die **Pflicht**, an diesem Tage von seinem Wahlrecht Gebrauch zu **machen**.

Bei Stimmabgabe sind die Mitgliedsbücher vorzulegen. Ohne dasselbe kein Wahlrecht.

Der neue Schiedsspruch für die Arbeitszeit in der Textilindustrie

Wie die Reformisten den Achtstundentag sichern.

Wir wollen daher mit aller Deutlichkeit sagen: Ist das sächsische Textilunternehmertum nicht bereit, mit den Vertretern der Arbeiterschaft eine Arbeitszeit auf annehmbarer Grundlage zu vereinbaren, so bedeutet das tiefgehende Erschütterungen der Industrie, die dauernde Schädigungen unausbleiblich machen müssen. Man soll sich auch nicht einbilden, daß Schiedssprüche der Schlichtungsbehörden dauernd die Fesseln sein können, den Willen der Arbeiterschaft, beseelt von der Erhaltung der eigenen Gesundheit und Volkswohlfahrt, nach einer menschenwürdigen Arbeitszeit brechen können.

(Dresdner Volkszeitung vom 16. 4. 1925.)

Betrifft Arbeitszeit Textilindustrie Ostsachsen.

Im Vorverfahren über die Neuregelung der Arbeitszeit für die Textilindustrie Ostsachsen wurde eine Einigung nicht erzielt. Hierauf trat die Schlichterkammer zusammen. Die Zusammensetzung war folgende:

Vorsitzender: Herr Oberregierungsrat Brand.
Arbeitgeberbeisitzer: 1. Herr Rechtsanwalt Israel, 2. Herr Korn, 3. Herr Römer, 4. Herr Ritzsche.
Arbeitnehmerbeisitzer: 1. Herr Zwahr, 2. Herr Heidel (beide vom Gauvorstand), 3. Herr Picker, 4. Herr Beier.

Verhandlungsergebnis: Einigung.

Die Parteien treffen folgende Vereinbarung:

1. Die Grundlage der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit, ausschließlich aller Pausen, bilden 48 Stunden.

2. Für die Zeit ab 1. Mai 1925 sind die Arbeitnehmer **zur Erzielung der Produktionserhöhung verpflichtet, an den Tagen bis einschließlich Freitag täglich eine Stunde Mehrarbeit mit einem Zuschlag von 5 Prozent zu leisten.**

3. **Darüber hinaus sind Ueberstunden zu leisten.**

a) **Kommt eine Einigung hierüber zwischen Betriebsleitung und Betriebsvertretung nicht zustande, so gilt zunächst die Anordnung der Betriebsleitung für die Dauer von längstens einer Woche; es entscheidet auf Anruf der Tarifausschuß in der Besetzung von einem Unparteiischen und je zwei Vertretern der Vertragsparteien. Einigen sich die Parteien über den Vorsitzenden nicht, so bestimmt ihn der sächsische Landesschlichter.**

b) Das Verfahren vor dem Tarifausschuß findet **nicht statt, wenn die Ueberstundenarbeit nicht mehr als 10 Prozent der Belegschaft betrifft und nicht länger als zwei Wochen dauert.**

4. Dieses Abkommen kann mit einmonatlicher Frist erstmalig **zum 31. Oktober 1925 gekündigt werden.**

Für die Arbeitgeber: gez. Rechtsanwalt Israel.
Für die Arbeitnehmer: gez. Zwahr, Picker, Beier, Reimer, Besser.
Die Richtigkeit dieses Abschlusses bestätigt: gez. Brand, Schlichter.

Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden — jawohl, auf dem Papier —. Praktisch bedeutet auch diese von den Reformisten mit den Unternehmern abgeschlossene Vereinbarung den 10- und 12-Stundentag für die Textilarbeiter. — Und das nennt man „Kampf um den Achtstundentag! Die Textilarbeiter sollten daraus erkennen, wie notwendig es ist, sich dem Textilarbeiterverband anzuschließen und dort den Kampf um den Achtstundentag zu organisieren und diesen Reformisten das Handwerk zu legen.

Sprechstunde der Redaktion. Montag, Mittwoch und Freitag von 5—6 Uhr abends, Sonnabend von 4—6 Uhr abends.

Neue Steuern für die Besitzlosen

Die Beratung der Steuergesetze wurde mit einer Rede des Reichsfinanzministers von Schlieben eröffnet. Schlieben erklärte, die Sparmaßnahmen (Beamtenabbau, Verlängerung der Arbeitszeit usw.) hätten zu

erheblichen Ueberschüssen

geführt. Diese Ueberschüsse sind jedoch hauptsächlich auf Steuern der arbeitenden Massen zurückzuführen. Zu optimistischen Erwartungen in bezug auf Steuerermäßigungen, wie sie in den Anträgen verschiedener Parteien zum Ausdruck kommen, sei jedoch kein Anlaß gegeben. (Zurufe bei den Kommunisten: Aber 700 Millionen für die Schwerindustrie!) Es sei unerhört, erklärte Schlieben, wenn in der Oeffentlichkeit erklärt wird, die Steuern seien zu hoch. (Sehr richtig, rechts.) Die Ueberschüsse aus 1924 sind zur Abdeckung von Schulden verwandt worden. Für das Jahr 1925 errechnet Schlieben einen Fehlbetrag. (In Wirklichkeit wird ebenfalls ein Ueberschuß herauskommen.) Er schlägt zur Abdeckung des „Fehlbetrages" eine Erhöhung der Tabak- und Biersteuer vor, die ab 1. Juni in Kraft treten solle. Für das Jahr 1925 soll sie noch 130 Millionen, für 1926 dann den vollen Betrag von 338 Millionen Mark ergeben. Weiteren Abbau bei der Verwaltung werde er entschlossen durchführen. (Zustimmung rechts.) 1926 beginnen die Reparationszahlungen mit 185 Millionen Mark. Hierfür müßten weitere Steuerquellen geschaffen werden. Der Minister versichert, daß es sein Bestreben sei, für die Wirtschaft alle Hemmungen zu beseitigen, denn die Steuern müßten wieder

aus ihrer Urquelle, dem Einkommen des Volkes,

fließen. Wir werden jetzt wieder von den Monatszahlungen zu den Vierteljahrszahlungen für die Einkommen- und Körperschaftssteuern übergehen. (Die Proleten aber müssen weiter wöchentlich ihre Lohnsteuern entrichten.) Man müsse untersuchen, wie weit den Wünschen nach Entlastung der breiten Massen nachgekommen werden könne. Schlieben macht dann den Vorschlag, die Grundsteuer zu ermäßigen (also Entlastung der Kapitalisten). Neben einer Steuerermäßigung für die öffentlichen Betriebe soll auch untersucht werden, wie weit in bezug auf die Wirtschaft für Privatbetriebe Ermäßigungen vorgenommen werden können. Den Ländern sollen weitere Steuerfreiheiten zugebilligt werden. Ueber die **Aufwertungsfrage** wiederholte Schlieben die bekannten Tatsachen aus dem Aufwertungsgesetz der Regierung. Dazu sprach außerdem der Reichsjustizminister Frenken, der hervorhob, daß eine unterschiedliche Bemessung der Aufwertung unmöglich sei. Also die sogenannte soziale Aufwertung bedeutet für die kleinen Rentner weiteres Nagen am Hungertuche.

Rußlands Beteiligung an einer internationalen Wirtschaftskommission

Paris, 1. Mai. Nach einer Havasmeldung aus Genf hat der russische Volkskommissar Tschitscherin telegraphisch das Generalsekretariat des Völkerbundes davon in Kenntnis gesetzt, daß die Sowjetregierung an der Tagung der Unterkommission für die Binnenschiffahrt teilnehmen werde, die am 7. Mai in Paris beginnen soll, um den Entwurf einer Konvention über die Meß- und Eichvorschriften für die Binnenschiffahrt auszuarbeiten.

Vormarsch des Kommunismus in Kanada

Toronto, 23. April. (Eigene Drahtmeldung.) Auf dem Jahreskongreß der Kanadischen Arbeiterpartei hat sich gezeigt, daß die Kommunisten einen entscheidenden Einfluß ausüben. Sie haben wahrscheinlich die Mehrheit der Partei hinter sich. Zum Vorsitzenden wurde der Arbeitslosenführer Schmidt, ein radikaler, mit den Kommunisten sympathisierender, und zum zweiten Vorsitzenden mit überwiegender Mehrheit der **Führer der Kommunistischen Partei Kanadas Genosse Jon Macdonald** gewählt. In der neuen Parteileitung sind die Kommunisten stark vertreten. Der Kongreß nahm eine Resolution an, in der die Bemühungen der englischen und russischen Gewerkschaften begrüßt werden und **die Nationalisierung der Kolonieminen und Sozialisierung der Industrie proklamatorisch gefordert wird.**